

»Altmaier schürt die Angst«

Sie machte Wahlkampf für die CDU in Nordrhein-Westfalen. Jetzt kritisiert Claudia Kemfert die schwarz-gelbe Energiepolitik

ZEIT: Frau Kemfert, bremst Umweltminister Altmaier die Energiewende – oder beschleunigt er sie?

Claudia Kemfert: Seine Worte sind groß, seine Taten sind nicht ganz so groß. Vieles hat die Regierung bisher noch nicht mal richtig angepackt.

ZEIT: In einem Gespräch mit der *taz* sagten Sie kürzlich, der Minister bremse absichtlich. Worin könnte die Absicht bestehen?

Kemfert: Ich habe gesagt: Ich glaube, dass er absichtlich bremst.

ZEIT: Warum glauben Sie das?

Kemfert: Es macht auf mich den Eindruck, dass er weiß, was er tut. Er zieht mit der Botschaft durchs Land, die Energiewende sei zu teuer. Damit schürt er Angst vor dem Projekt, das die Regierung selbst zu einem ihrer wichtigsten Vorhaben erklärt hat.

ZEIT: Rund eine Billion Euro könnte es bis 2030 kosten, behauptet Altmaier ...

Kemfert: ... und verwechselt dabei nicht nur Kosten und Investitionen, sondern vernachlässigt auch den Nutzen. So oder so werden wir in den nächsten Jahrzehnten viel Geld in die Energieproduktion investieren müssen. Als Kosten der Energiewende können wir jedoch nur die Kostendifferenz zwischen der herkömmlichen Energieversorgung und einer nachhaltigen, klimaverträglichen Energieversorgung betrachten. Wir investieren heute und profitieren morgen. Schließlich wird herkömmliche Energie immer teurer und erneuerbare immer billiger. Eine präzise Kosten-Nutzen-Rechnung ist Altmaier bis heute schuldig geblieben.

ZEIT: Aber die Billionen-Ziffer spielt in der politischen Debatte eine Rolle.

Kemfert: Nicht nur da. Sie schmälert die Akzeptanz der Energiewende und verunsichert Investoren. Viele Investoren würden gerne in die deutsche Energiewende investieren, wenn die politischen Rahmenbedingungen stabil sind. Durch Äußerungen wie die von Altmaier werden Investoren abgeschreckt. Das ist extrem schade, denn die Investitionen sind dringend notwendig.

ZEIT: Hat Altmaier mit der von ihm angestoßenen Debatte um die Strompreisbremse die Verunsicherung geschürt?

Kemfert: Ganz sicher. Trotzdem ist das Gute daran, dass jetzt endlich darüber gesprochen wird, die Kosten fair zu verteilen. Bisher kommen zu viele

Unternehmen in den Genuss von Ausnahmen bei der EEG-Umlage, bei den Netzentgelten oder bei der Ökosteuern. Die Abschaffung dieser Privilegien würde den Strompreis spürbar senken. Bei Altmaiers Vorschlägen hingegen säne der Haushaltsstrompreis nur um 0,3 bis 0,5 Cent pro Kilowattstunde; in einem vierköpfigen Haushalt wäre das rund ein Euro pro Monat. Angesichts dessen von Strompreisbremse zu sprechen ist heroisch.

ZEIT: Hochstapelei?

Kemfert: Das haben Sie gesagt. Ich sage, Altmaiers Plan hätte noch nicht einmal etwas an den Ursachen der steigenden EEG-Umlage geändert. Das

Problem ist doch, dass der Börsenpreis für Strom immer weiter sinkt und deshalb die Differenzkosten zu den Einspeisevergütungen größer werden. Vom sinkenden Börsenpreis merken die Haushalte aber nichts.

ZEIT: Ist das ein Fall für Altmaier oder für das Kartellamt?

Kemfert: Im Grunde für alle. Zusammen mit der Politik könnte sich das Bundeskartellamt der Sache annehmen. Es muss vor allem für Transparenz gesorgt werden. Eventuell steckt sogar missbräuchliches Verhalten hinter der Preisgestaltung der Stromlieferanten; die zunehmenden Margen der Konzerne sprechen dafür.

ZEIT: Dass im vergangenen Jahr die deutschen CO₂-Emissionen wieder gestiegen sind, das ist aber Altmaiers Sache, oder?

Kemfert: Das Problem ist, dass die Preise für die Zertifikate beim Emissionshandel wegen der Wirtschaftskrise und überschüssiger Zertifikate dramatisch eingebrochen sind. Deshalb lohnt sich Kohleverstromung zunehmend. Es werden sogar neue Kohlekraftwerke gebaut. Das ist aber nicht im Sinne der Energiewende. Ein funktionierender Emissionshandel würde die richtigen Signale setzen. Altmaier hat sich für eine Reform des Instruments stark gemacht. Aber man lässt ihn nicht.

ZEIT: Man?

Kemfert: Teile der Regierung, beispielsweise der Bundeswirtschaftsminister, sind dagegen. Dass gerade die deutsche Politik den Emissionshandel jetzt sterben lässt, ist schon extrem schade.

ZEIT: Wird die Bundesregierung dadurch ihrem eigenen Projekt, der Energiewende, untreu?

Kemfert: Ich halte den Verdacht jedenfalls für nicht unbegründet. Was die Bundesregierung tut und lässt, reicht nicht aus, um die Ziele der Energiewende zu erreichen.

ZEIT: Was ist das größte Defizit?

Kemfert: Der Ausbau der erneuerbaren Energien geht voran, auch der Atomausstieg scheint auf gutem Weg. Weniger erfreulich ist die Entwicklung bei der Förderung des Energiesparens, beim Netzausbau, bei der dezentralen Stromerzeugung, bei der Entwicklung von Stromspeichern und bei der nachhaltigen Mobilität. Das größte Defizit sind allerdings die fehlenden Bemühungen, die vielen losen Enden der Energiewendepolitik zusammenzuführen. Die unklaren Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten von mindestens sechs beteiligten Ministerien sind eines der Hauptprobleme.

Die Beraterin

1998 promoviert Claudia Kemfert an der Universität Oldenburg über die makroökonomischen Effekte umweltpolitischer Instrumente.

2004 wird sie Leiterin der Energieabteilung am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

2011 nimmt die Deutsche Gesellschaft Club of Rome sie als eine der »öffentlich profiliertesten deutschen Wissenschaftlerinnen im Energiesektor« auf

tion, die für das Projekt verantwortlich ist.

ZEIT: Kommt die deutsche Energiewende auch deshalb unter Druck, weil Energie anderswo, zum Beispiel in den USA, billiger wird?

Kemfert: Das wird gerne behauptet, ist aber falsch. Dass Erdgas in Amerika billiger wird, hat mit der deutschen Energiewende nichts zu tun. Um den Gaspreis hierzulande spürbar zu senken, müsste man in erster Linie mit den russischen Lieferanten verhandeln. Allerdings schlagen Preisdifferenzen bei der Energie ohnehin kaum durch, deutsche

Unternehmen gehen deutlich sparsamer mit Energie um als amerikanische. Im Übrigen: Wegen der Energiewende wandern Unternehmen nicht ab, das hat andere Gründe.

ZEIT: Vergangenes Jahr haben Sie für die CDU in Nordrhein-Westfalen Wahlkampf gemacht. Im Fall eines Wahlsiegs von Norbert Röttgen wären Sie Energieministerin geworden. Was wissen Sie seit dem Wahlkampf über die Energiewende, das sie zuvor nicht wussten?

Kemfert: Als Wissenschaftlerin kannte ich natürlich die Details der Energiewende. Aber mir ist damals klar geworden, unter welchem massiven Druck die Politik steht, unter welchen Einflussversuchen durch Lobbyisten.

ZEIT: Welche Einflussversuche?

Kemfert: Ich habe oftmals gestaunt, wie vornehmerum die Energiewende bejubelt wurde und hinterher alles getan wurde, um sie zu blockieren.

ZEIT: Würde die Energiewende unter einer rot-grünen Regierung besser gelingen?

Kemfert: Schwierige Frage. Das Verhältnis der SPD zur Kohleindustrie ist bekanntlich eng. Insofern wird sich vermutlich die SPD mit der Energiewende auch schwertun.

ZEIT: Das sagen Sie jetzt in der Rolle der früheren CDU-Wahlkämpferin.

Kemfert: Nein. Ich habe kein CDU-Parteibuch. Als Wissenschaftlerin bin ich neutral. Ich berate auch verschiedene SPD-Landesregierungen, unter anderem Stephan Weil in Niedersachsen.

ZEIT: In Ihrem Buch *Kampf um Strom* erwecken Sie den Eindruck, Norbert Röttgen sei von der Kanzlerin nicht wegen der verlorenen NRW-Wahl als Bundesumweltminister abgelöst worden, sondern vor allem, weil er als Einziger die Energiewende wirklich wollte. Wie kommen Sie darauf?

Kemfert: Es gibt viele in der CDU, die die Energiewende wirklich wollen. Dass Norbert Röttgen bei den Wirtschaftslobbyisten nicht beliebt war, ist kein Geheimnis. Peter Altmaier wird von dieser Seite nicht so angegriffen. Daraus lassen sich Schlüsse ziehen.

ZEIT: Welche Schlüsse ziehen Sie?

Kemfert: Das überlasse ich Ihnen.

Das Gespräch führten MARC BROST und FRITZ VORHOLZ

